

AKTUELL

LANDSBANKI-LIQUIDATION

Keine Wohltat

Richard Graf

Die Landsbanki-Liquidatorin Yvette Hamilius wehrt sich gegen Vorwürfe, illegale Machenschaften der aufgelösten Bank fortzusetzen.

Auf den ersten Blick sind „equity release loans“ eine feine Erfindung des Finanzkapitalismus. Wer im Besitz einer Immobilie ist, belegt diese mit einer Hypothek und lässt sich von seiner Bank einen zinsgünstigen, da abgesicherten Kredit ausstellen, den er eigentlich nicht oder nur teilweise braucht. Ein Teil des Kredits wird bar ausbezahlt und kann für die angenehmen Dinge des Lebens ausgegeben werden. Der Rest wird in Finanzprodukte investiert, die eine höhere Rendite versprechen, als die Rückzahlung des Gesamtkredits abverlangt - geschickte Berater werden schon das Passende finden.

Solche durchaus legalen Finanzprodukte vermittelte bis Oktober 2008 die hiesige Filiale der isländischen Landsbanki, ein Luxemburger Finanzinstitut, das im Dezember 2008 durch Gerichtsbeschluss liquidiert wurde. Einer seiner prominenten Kunden war der französische Sänger Enrico Macias, der seine millionenschwere Villa beliehen hatte und mittlerweile mit 43 Millionen bei der Landsbanki in der Kreide steht. Es gibt auch weniger prominente KundInnen, mit bescheideneren Krediten, die sich auf diese Art und Weise ein Zubrot verdienen wollten. Vor allem in Frankreich und Spanien.

Als Landsbanki Luxemburg 2008 in Folge der Pleite des isländischen Mutterhauses zahlungsunfähig wurde, bekamen die KundInnen Post von Yvette Hamilius, der Liquidatorin. Die Kredite wurden gekündigt, die Rückzahlung samt Zinsen eingeklagt. Ein durchaus normales Vorgehen, wie die Luxemburger Anwältin und ihr Verteidiger Rosario Grasso auf einer Pressekonferenz beteuerten. „Die Liquidierung einer Bank ist keine Wohltätigkeitsveranstaltung“, so der Strafrechtler Grasso, der seine Mandantin in mehreren Verfahren vertritt, die gegen sie von „Opfern“ der Landsbanki angestrengt worden sind. Inzwischen ist ein weiteres Verfahren dazu gekommen: Diesmal ist es Hamilius, die ihre Prozessgegner und deren Anwälte wegen Verleumdung belangt. Die gegen sie angestrengten Prozesse hätten als alleiniges Ziel, bessere Konditionen bei der Rückzahlung der

ausstehenden Kredite zu erreichen. Grasso und seine Mandantin gehen in die Offensive, nachdem dieser öffentlich unrechtlisches Handeln bis hin zur Hehlerei vorgeworfen wurde. Mit ihrem Verlangen nach Rückzahlung der Kredite führe sie die illegalen Praktiken der Landsbanki fort. Viele Betroffene erklären sich zu einer Rückzahlung außerstande, da ihre Investitionen infolge der Krise zu großen Teilen wertlos geworden seien.

Spekulieren auf Pump

Dass es illegale Praktiken bei der Landsbanki Luxemburg gab, ist bislang nicht erwiesen - anders als beim Mutterhaus in Island. Doch Hamilius sieht sich an ihren Auftrag gebunden: Das Gericht hatte verlangt, zunächst alle Aktiva - also alle Ansprüche der Landsbanki gegenüber Dritten - in liquides Geld umzuwandeln um damit all jene, die berechnete Ansprüche an die Bank hatten, auszubezahlen. Die Operation scheint soweit gelungen, denn alle berechtigten Gläubiger (aber nicht das Mutterhaus in Island) konnten zu hundert Prozent befriedigt werden. Entgegenkommen wurden auch gegenüber den „equity release loan“-Kunden geübt: Sie brauchen lediglich den bar von der Landsbanki ausgezahlten Betrag - samt Zinsen - zurückzuerstatten. Dennoch dürfte es unter ihnen etliche geben, die, um auch dieser beschränkten Verpflichtung nachkommen zu können, ihr Haus verkaufen müssen. Und da in Spanien der Immobilienmarkt zusammengebrochen ist, wird es wohl auch damit nicht getan sein.

Dass Hamilius keine Schuld an diesen Schicksalen trägt, ist allein dem Rechtsgrundsatz zu verdanken, dass niemandem, der in Übereinstimmung mit einem Urteil handelt, daraus ein Strick gedreht werden kann. Doch bleibt die Frage, ob nicht - zumindest in Einzelfällen - die Landsbanki-Konstruktion durch bewusste Irreführung Menschen in den Ruin getrieben hat. Die hiesige Bankenaufsicht hat Hamilius eine gute Arbeit bescheinigt, weil die Gläubiger zufriedengestellt werden konnten. Die jetzt in Frankreich und in Spanien zu den Rückzahlungen anstehenden Prozesse können sich aber durchaus noch über ein Jahrzehnt hinziehen. Keine besonders gute PR für den hiesigen Finanzplatz.

SHORT NEWS

Parkingtarife in der Kritik

Als 1991 eine blau-schwarze Mehrheit in Luxemburg-Stadt beschloss, die Kosten für eine Stunde Parken auf die eines Busfahrers anzuheben, kam das fast einem Paradigmenwechsel gleich. In der Folge wurde die Entscheidung stets respektiert und sogar verschärft. Während in der Regel in den Parkhäusern die Stundengebühr mit wachsender Parkdauer abnahm, wurden später einige der zentralen Parkhäuser mit einem regelrechten Straftarif belegt: Wer sich als Dauerparker dort breit machte, zahlte ab der 4. Stunde kräftig drauf. Mit dem parking résidentiel verschwand dann praktisch überall die „blaue Zone“, in der das Parken zwar zeitlich begrenzt, dafür aber gebührenfrei war. Inzwischen hat auch der Geschäftsverband verstanden, dass ein Parkplatz-Management, das die Dauerparker vom Stadtzentrum fernhält, durchaus in seinem Interesse ist. Die Erhöhung der Parking-Grundgebühr, die jetzt ins Haus steht, löst weit mehr Geschrei aus als die von der Regierung beschlossene Anhebung der Bustarife, die dafür der Auslöser war. Dass jetzt (bei einzelnen Langzeittarifen) Erhöhungen um „bis zu 60“ Prozent entstehen, hat allerdings nichts mit Preistreiberei zu tun: So soll die zusätzliche Abstufung zwischen der 4. und 5. Parkstunde in den Zentrumsarkhäusern die Dauerparker dazu animieren, die kostenlosen P+R Plätze anzusteuern. Diese bewusste strukturelle Erhöhung fällt nun durch die nicht-gewollte konjunkturelle etwas schärfer aus, als eigentlich beabsichtigt war.

Mehr Hartz IV, mehr Bio!

Ob eine umweltgerechte Lebensführung nur etwas für Besserverdienende sei, diese Frage müssen sich Umweltverbände in Krisenzeiten zunehmend gefallen lassen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) scheint entschlossen, das Soziale nicht gegen die Ökologie ausspielen zu lassen, und engagiert sich im „Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum“. Familien seien wegen der Hartz-Gesetze darauf angewiesen, sich in Discountläden mit billigen Lebensmitteln einzudecken, so die BUND-Sprecherin Reinhild Benning im Junge-Welt-Interview. Auch ein energiesparender Kühlschrank sei für solche Haushalte unerschwinglich. „Wir halten es für wichtig, daß auch Erwerbslose die Lasten der Energiewende bewältigen können und daß ihnen ökologisches Konsumieren ermöglicht wird“, hält Benning fest und fordert eine substanzielle Erhöhung des Hartz-IV-Satzes. Im Gegenzug zählt der BUND auf die Unterstützung seiner neuen Partner bei Kampagnen wie jener für eine alternative Agrarpolitik unter dem Namen „Wir haben es satt!“. Ziel ist auch hier, nachhaltig und fair produzierte Lebensmittel allen Menschen zugänglich zu machen, und den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft sozial gerecht zu gestalten.

Quoten und persönliche Versprechen

„Die Frauenquote ist in aller Munde und ein politisch gewollter Wandel“, so Jean Colomera (Ex-ADR-Abgeordneter), der in einer rezenten parlamentarischen Anfrage an den Gesundheitsminister wissen will, wie viele Frauen in den Berufsfeldern der Gesundheits- und Sozialstrukturen arbeiten. Interessanterweise wurde die Frage nicht an die Chancengleichheitsministerin Françoise Hetto-Gaasch gerichtet. Die Antwort des Gesundheitsministers Mars Di Bartolomeo ist denn auch recht knapp: Laut Angaben der „Inspection générale de la Sécurité sociale“ hätten im Krankenhaussektor bis zum 31. März 2012 rund 8.150 Angestellte gearbeitet, wobei Frauen rund 76 Prozent der Gesamtbeschäftigten stellten. Demgegenüber würden jedoch bis zum 15. Dezember 2012 nur rund 37 Prozent Frauen in den Verwaltungs- und Direktionsräten der Krankenhäuser sitzen. „Ich bin stets bemüht, bei meinen Vorschlägen bezüglich der Besetzung oder Neubesetzung von Verwaltungsräten auf die Frauenquote zu achten“, so das heilige Versprechen des Ministers - ohne weiter auf konkrete Maßnahmen einzugehen. So bleibt die Frage, ob denn eine Frauenquote in den Chefetagen sinnvoll wäre (oder gar eine Männerquote im unteren Pflege- und Sozialbereich) unbeantwortet. Mars Di Bartolomeo ignoriert auch die Fragen, ob Betriebe, deren Führungsriege quasi ausschließlich aus Männern besteht, verpflichtet werden sollen Frauenbeauftragte zu bestimmen und ob jene Kliniken, Pflegedienste und Sozialeinrichtungen, die eine Politik der Chancengleichheit betreiben, mit einem speziellen Label versehen werden sollen.